



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 696 890

P/XIV/279 - 8. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Godesberg als "Modellfall"? Von G. Markscheffel	61
3 - 4	Bundshaushalt 1960 Von H.G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	65
5	Dillons Europareise Förderungen an die europäischen Finanzen	54
6	"Sittliche Reife" Führerschein oder Kanone?	43
7	CDU Schleswig-Holsteins bremst Hindernisse auf dem Weg zum Untersuchungsausschuß in Fall Dr. Heyde, alias Sawade	26

\* \* \*  
\* \*

### Godesberg als "Modellfall"?

Von G. Markscheffel

Seit der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD wird in deutschen und ausländischen Zeitungen - zum Beispiel mit Blick auf Japan, England, Italien oder Frankreich - gelegentlich doziert, Godesberg sei ein "Modellfall", das Programm der SPD könnte oder sollte anderer sozialdemokratischer Parteien zur Nachahmung dienen.

Nun mögen derartige Ratschläge und Erwägungen journalistisch recht reizvoll sein; besonders dann, wenn man sie in Zeitungen lesen kann, die noch vor kurzem der SPD dringend empfohlen hatten, dieses oder jenes Beispiel einer anderen sozialdemokratischen Partei nachzuahmen. So war es nach den Bundestagswahlen in den Jahren 1953 und 1957 Mode geworden, der SPD nahezu legen, dem "Labour-Beispiel" nachzueifern. Schon damals meinten wir, die Befolgung eines solchen Ratschlages würde die innenpolitischen Gegner der SPD bestimmt veranlassen, Zeter und Mordio über den angeblichen "Linksruck der Sozialdemokratie" zu schreien ... - Dieser kleine Hinweis möge in Erinnerung rufen, wie problematisch Empfehlungen und Vergleiche dieser Art sind.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich in Godesberg ein neues Grundsatzprogramm gegeben, das der geistigen, gesellschaftlichen und ökonomischen Situation des geteilten Deutschland entspricht. Sie hat ihr Programm auf den Stand der Situation von heute gebracht. Nicht mehr und nicht weniger! Übergeordnetes und international gültiges Leitmotiv ist allerdings im Godesberger Programm die Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 in Frankfurt, in der es heißt:

"Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des Einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit".

Insofern gibt es eine Synchronisierung der tragenden Idee des demokratischen Sozialismus auf die Programmatik auch anderer sozialistischer Parteien. Aber das Instrumentarium zur Verwirklichung dieser Idee wird in jedem Land, von den dort herrschenden Verhältnissen ausgehend, geschaffen werden müssen.

Es stellen sich den japanischen Sozialisten bei ihren Bemühungen um eine moderne Programmatik ganz andere Probleme, als den Sozialisten in Italien, und wieder andere als denen in England, in Frankreich oder in Skandinavien.

Jeder Vergleich hinkt also, und jede Empfehlung, das Programm einer anderen Partei nachzuahmen oder gar abzuschreiben, verrät einfach die Unkenntnis des Wesens der sozialistischen Bewegung.

Gewiß, die sozialistischen Parteien in der ganzen Welt sind stets bemüht, die Problematik der Bruderpartei eines anderen Landes kennenzulernen. Über ihre Programmatik müssen und können sie sich nur selbst erarbeiten.

Alle politischen Bewegungen, die jemals versucht haben, ohne Rücksicht auf die besonderen Gegebenheiten in dem einen oder in dem anderen Lande die Programmatik zentral zu steuern oder gar die politische Praxis einer anderen Partei nachzuahmen, haben Schiffbruch erlitten. Der demokratische Sozialismus dagegen, der dies nie tat, entfaltet sich zu einem immer stärkeren Faktor der modernen Menschheitsgeschichte. Seine Ideen finden in vielfältiger Weise und immer entsprechend den Bedingungen des Landes, in dem diese oder jene sozialdemokratische Partei wirkt, ihren Ausdruck.

Der ständige Entwicklungsprozeß und der unterschiedliche Rhythmus des Vordringens von Emanzipationsideen verträgt kein schablonenhaftes Angleichen von Programmen; er fordert im Gegenteil gebieterisch die Selbständigkeit der Gedankenführung und der politischen Praxis jeder sozialdemokratischen Partei.

### Bundeshaushalt 1960

Von H.G. Ritzel, MdB,  
Mitglied des Haushaltsausschusses

Bundesfinanzminister Dr. Etzel hat vor dem Bundesrat, der Vertretung der Länder, den Regierungsentwurf des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1960 begründet. Der Bundesrat ließ den Haushalt mit einigen Änderungsvorschlägen und Wünschen passieren. In der zweiten Hälfte dieser Woche wird der Bundesfinanzminister den Haushaltsplanentwurf vor dem Deutschen Bundestag begründen. Bei dieser Gelegenheit wird eine erste Aussprache stattfinden, in der die verschiedenen Fraktionsredner kritisch zum Haushalt und wohl auch zu Regierungsmaßnahmen im allgemeinen Stellung nehmen werden.

Dann geht der Entwurf an den Haushaltsausschuß zur möglichst gründlichen Beratung. Die Zeit, die dem Ausschuß hierfür zur Verfügung steht, ist begrenzt: der Haushalt soll nach einer zweiten und dritten Beratung zum 1. April 1960 verkündet werden. Er gilt diesmal nicht für ein ganzes Rechnungsjahr, sondern nur für neun Monate, da ab 1. Januar 1961 das bisherige Rechnungsjahr, das vom 1. April eines Jahres bis zum 31. März des nächsten Jahres reichte, dem Kalenderjahr gleichgesetzt wird. Man hat aber den Haushalt für das Rechnungsjahr 1960 im Regierungsentwurf gleichwohl auf zwölf Monate abgestellt, doch werden nur neun Monate oder 9/12 in Einnahme und Ausgabe verrechnet bzw. verbraucht. Mit anderen Worten: das Haushaltsjahr 1960 endet praktisch am 31. Dezember 1960. Die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen sich wohl oder übel dem Vorgehen des Bundes anschließen.

Im ganzen gesehen ist die Angleichung des Haushaltsjahres an das Kalenderjahr zu begrüßen. Diese Ordnung entspricht mehr dem natürlichen Rhythmus des Daseins. Es werden sich einige Folgen einstellen, die auch im Wirtschaftsleben und im persönlichen Leben der Beteiligten (Beamte und Parlamente) spürbar sein werden, doch auf die Dauer wird sich die Neuregelung ebenso einspielen, wie sich anderswo bereits bewährt.

Der Regierungsentwurf ist nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten erstellt worden. Die einzelnen Ministerien hatten trotz der bei der Etatberatung 1959 im Bundestag ausgesprochenen Mahnungen Forderungen aufgestellt, die eine Etatendsumme, bezogen auf das ganze Rechnungsjahr, von 45,5 Milliarden DM bedeutet hätten. Davon wurden in den Regierungsberatungen 2,4 Milliarden DM gestrichen, so daß ein Gesamtausgabebedarf von 43,1 Milliarden DM verblieb. Um diesen Ansatz weiter zu verringern, sieht der Regierungsentwurf eine Sperre von sechs Prozent bei allen dafür in Frage kommenden Ansätzen vor, woraus eine Minderausgabe von 0,8 Milliarden DM erwartet wird. Von dieser Sperre können selbstverständlich nicht erfaßt werden alle jenen Verpflichtungen, die auf Gesetz, Verordnung oder Vertrag beruhen oder sonstwie unabwendbar sind.

Eine weitere Entlastung von 0,4 Milliarden DM wird durch Rückflüsse infolge Auflösung des Garantiekontos für amerikanische Rüstungslieferungen erwartet, so daß insgesamt 1,2 Milliarden DM von den oben erwähnten 43,1 Milliarden DM abgesetzt werden können. Es verbleibt ein Ausgabebedarf von 41,9 Milliarden DM, und diese gewaltige Summe stellt das Endergebnis des Regierungsentwurfs dar. Die Deckung soll erfolgen durch Steuereinnahmen im Bundesgebiet einschließlich Saarland im Betrage von 34,4 Milliarden DM, durch ein erwartetes Mehraufkommen bei der Mineralölsteuer nach dem Straßenauffinanzierungsgesetz im Betrage von 0,3 Milliarden DM, durch Lastenausgleichsabgaben, die aber in Einnahme und Ausgabe nur einen durchlaufenden Posten darstellen, von zwei Milliarden DM, durch sonstige Einnahmen (vor allem Gebühren und sonstige Verwaltungseinnahmen) von 2,2 Milliarden DM.

Auf diese Weise errechnen sich ordentliche Gesamteinnahmen von 38,9 Milliarden DM. Der dann noch fehlende Betrag soll durch Anleihen in Höhe von rund 3,3 Milliarden DM aufgebracht werden. Bei den Einnahmeerwartungen ist entscheidend, daß die Regierung infolge der anhaltenden Hochkonjunktur Mehreinnahmen gegenüber dem Rechnungsjahr 1959 von 3,289 Milliarden DM, vor allem aus Steuern, erwartet. - Die Haushaltsberatung wird zeigen, inwieweit die Erwartungen der Regierung berechtigt erscheinen, und welche Auffassung der Bundestag im einzelnen zu dem Entwurf einnimmt.

+ + +

### Dillons Europareise

ler. Die Zeiten, in denen die Vereinigten Staaten aus einem schier unerschöpflichen Füllhorn Gaben an die halbe Welt verschenkten, sind wohl endgültig vorbei. Zwar beginnt der USA der Atem nicht auszugehen - sie bleiben für recht lange Zeit noch die reichste Nation in der Welt - aber die Feigung zur Grosszügigkeit in der Unterstützung fremder Länder ist im Schwinden. Ohne amerikanische Hilfe wäre das nichtkommunistische Europa in den schweren Jahren nach 1945 in einem wirtschaftlichen, politischen und moralischen Chaos versunken. Viele Milliarden aus dem Marshall-Plan gaben den in ihrem Lebensnerv getroffenen Völkern neuen Mut und neue Hoffnung, die sich umschlugen in eine wirtschaftliche Aufbauleistung, wie sie das Europa vergangener Jahrzehnte wohl kaum gekannt hat. Die Armen von 1945 sind wohlhabend, wenn nicht gar reich geworden, sie strotzen von Kraft, ihre Kassen sind mit Gold- und Devisenbeständen gefüllt. Jetzt sagen die Vereinigten Staaten: Wir haben auch Briten, Franzosen und Bundesdeutschen in dunkler Zeit geholfen, nur liegt es an euch, uns zu helfen, und die Last der Bürde, die wir als Weltmacht zu tragen haben, mit uns zu teilen.

Dies ist der ökonomische und politische Hintergrund der Europa-Tour Douglas Dillons, Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Aussenministerium. Er kommt mit einer Reisetasche, gefüllt mit schweren Forderungen an die Kassen Grossbritanniens, Frankreichs und vor allem der Bundesrepublik, auf die sich ja auch noch von anderer Seite begehrliche Blicke richten. Die Reise Dillons gilt der Vorbereitung für die am 19. Dezember in Paris beginnende Konferenz der NATO-Staaten, in der neben dem politisch-militärischen auch der wirtschaftliche Aspekt eine grosse Rolle spielen wird. Auf drei Gebiete erstrecken sich die amerikanischen Wünsche: Grössere Beteiligung der europäischen NATO-Mitglieder an der gemeinsamen Verteidigung, keine Diskriminierung amerikanischer Waren durch die beiden in Frontstellung zueinander befindlichen Wirtschaftsblöcke der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der von Grossbritannien geführten Gruppe der Sieben und mehr europäische Gelder für die Förderung der entwicklungs-fähigen Gebiete. Die amerikanische Zahlungsbilanz weist ein Defizit von vier Milliarden Dollar aus, das noch steigen dürfte, sollte der Zufluss amerikanischer Waren zum europäischen Markt weiter eingeschränkt werden, als es ohnehin schon geschehen ist.

Westeuropa litt lange Zeit nach 1945 an einer Dollarlücke; heute quellen manche seiner Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, von Dollars über. Defizite von solcher Grössenordnung können natürlich nicht unbegrenzte Zeit bestehen bleiben, sie schwächen die amerikanische Kraft und damit auch die Fähigkeit zum politischen Manövrieren. So nimmt es nicht wunder, wenn Dillon in seinen mehr vortastenden Gesprächen mit London, Paris und Bonn, um nur die wichtigsten Städte seiner Besuchstour zu nennen, seine Gesprächspartner - und das sind in diesen Fällen fast ausschliesslich die Finanz- und Wirtschaftsminister der betreffenden Länder - auf den Willen und den Ernst der Vereinigten Staaten aufmerksam machen wird, ein solch ungesundes ökonomisches Missverhältnis mit einer Reihe von wirtschaftlichen Massnahmen und Abkommen zu bereinigen.

In jedem Fall aber werden die westeuropäischen Bündnispartner der Vereinigten Staaten neue erhöhte finanzielle Lasten aufbringen müssen, um den amerikanischen Wünschen gerecht zu werden. Inwieweit sich diese amerikanischen Forderungen in der Richtung einer Zusammenarbeit der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke im Rahmen der gesamten atlantischen Gemeinschaft auswirken werden, bleibt wohl in diesem frühen Stadium noch eine Frage der Spekulation.

"Sittliche Reife"

sp - Westdeutsche Zeitungen haben in diesen Tagen, durch eine ungenau formulierte Agenturmeldung verführt, ihren Lesern mitgeteilt, daß in Kürze das Alter für die Wehrpflichtigen-Einziehungen von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt werden würde. Tatsächlich liegt bisher nur die Forderung des Bundesverteidigungsministers vor, die sich in der Wehrpflichtgesetz-Novelle findet, die kürzlich dem Bundestag zugeleitet worden ist.

Der Verteidigungsminister hat sein Verlangen, das vom Bundesjugendring, dem Dachverband aller westdeutschen Jugendverbände, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, nicht zuletzt mit Argumenten begründet, in denen der Bundesjugendring eine unzulässige Überforderung der eigenen Entscheidungsfähigkeit der Achtzehnjährigen erblickte, die Strauß in Uniform stecken möchte. Die wohlbegründeten Bedenken und Einwände des Bundesjugendringes, die von zahlreichen Politikern und Parlamentariern vollauf geteilt werden und die daher bei der Bundestagsberatung noch eine große Rolle spielen werden, haben nun unversehens auf anderer Ebene von einer Seite Unterstützung gefunden, mit denen vor allem der Verteidigungsminister nicht gerechnet haben dürfte.

Parallel mit dem Bemühen des Verteidigungsministers, das Wehrpflichtalter von 20 auf 18 Jahre herabzusetzen, läuft nämlich das Bemühen des Bundesverkehrsministers, das Alter der Führerscheinprüflinge von 18 auf 20 Jahre hinaufzusetzen. Es sei hier außer acht gelassen, ob der Verkehrsminister mit seinem Verlangen auf dem sachlich rechten Weg ist. Hier interessiert vorerst nur die Begründung, die Dr. Ing. Seebohm auf psychologischem Gebiet vorgebracht hat. Nach Ansicht des Verkehrsministers fehlt den Achtzehnjährigen die "sittliche Reife", um verantwortungsbewußt ein Kraftfahrzeug lenken zu können.

Um beim Fahren zu bleiben: Was denkt Herr Seebohm über die "sittliche Reife" für das Lenken eines Panzers oder eines Jagdflugzeuges? Und was denken Herr Seebohm und Herr Strauß zusammen über die "sittliche Reife" für das Schießen mit Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen, für das Werfen mit Handgranaten, für das Legen von Minen, für das Abfeuern von Raketen und Torpedos und für das Auslösen von Bomben?

Zweifelloos würde sich die deutsche Öffentlichkeit brennend für Inhalt und Ergebnis einer Unterhaltung dieser beiden Bundesminister über den Eintritt der "sittlichen Reife" bei Achtzehn- und Zwanzigjährigen interessieren, wenn der Verkehrsminister die Achtzehnjährigen als zu "unreif" für das Lenken eines Personenkraftwagens und der Verteidigungsminister dieselben Achtzehnjährigen als "reif" genug für das Hantieren mit Kriegsschusswaffen aller Art hält.

CDU Schleswig-Holsteins bremst

sp - Die CDU in Schleswig-Holstein sperrt sich gegen die möglichst schnelle Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der klären soll, ob der frühere SS-Arzt Dr. Heyde, alias Sawade, Mitwisser und Helfershelfer in der Spitzengarnitur der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung gehabt hat. Die Begründung, die die CDU-Landtagsfraktion in Kiel für die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung zur Einberufung des Untersuchungsausschusses gegeben hat, ist recht fadenscheinig. Es heißt, die CDU sei überzeugt, daß "in dieser entscheidenden Frage der demokratischen Ordnung mit aller Energie und zügig durchgegriffen wird."

Das klingt recht schön, aber überzeugt nicht. Vielmehr muß vermutet werden, daß die Mehrheit der CDU-Landtagsfraktion im Kieler Landtag befürchtet, eine schnelle und gründliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit könnte Ergebnisse zeitigen, die ein recht eigenartiges Licht auf führende Männer ihrer eigenen Partei werfen würde. Interessant und bezeichnend ist die Tatsache, daß der Beschluß, die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abzulehnen, in der CDU-Landtagsfraktion nicht einstimmig gefaßt wurde.

Dem Vernehmen nach sollen mindestens fünf Fraktionsmitglieder trotz des Drängens von Ministerpräsident von Hassel ihre Stimme diesem Beschluß versagt haben.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion dagegen wird am 14. Dezember ihren Antrag wiederholen und durchsetzen. Sie verfügt im schleswig-holsteinischen Landtag über 26 Stimmen, die ausreichen (nur 18 Stimmen sind erforderlich), um die Einberufung des Untersuchungsausschusses zu erreichen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel